

Änderungsantrag
der Gruppe der PDS/Linke Liste

zur zweiten Beratung des Entwurfs des Haushaltsgesetzes 1991

hier: Einzelplan 15
Geschäftsbereich des Bundesministers für Gesundheit
— Drucksachen 12/100 Anlage, 12/515, 12/530 —

Der Bundestag wolle beschließen:

In Kapitel 15 02 – Allgemeine Bewilligungen – wird ein neuer Titel „Erstattung von Aufwendungen für die unentgeltliche Verabreichung von hormonalen Kontrazeptiva für Frauen in dem in Artikel 3 des Einigungsvertrags genannten Gebiet“ mit einem Ansatz von 405 000 000 DM ausgebracht.

Bonn, den 28. Mai 1991

Dr. Gregor Gysi und Gruppe

Begründung

In der ehemaligen DDR wurden den Frauen zur Verhütung von Schwangerschaften ärztlich verordnete Mittel unentgeltlich zur Verfügung gestellt. Obwohl Zuzahlungen für Arzneimittel für Bürger in den neuen Bundesländern erst ab 1. Juli 1991 gelten, müssen Schwangerschaftsverhütungsmittel wie Bagatell-Arzneimittel jetzt in voller Höhe selbst von den Frauen getragen werden.

Bei etwa 2,7 Millionen Frauen im gebärfähigen Alter in den neuen Bundesländern und rund 150 DM Ausgaben für hormonale Kontrazeptiva im Jahr wären Mittel in Höhe von 405 Mio. DM bereitzustellen.

